

Trivandrum (Bundesstaat Kerala) war sowohl eine KPdSU-Delegation als auch eine Gesandtschaft der KP Chinas anwesend. Die Berichterstattung über diesen Parteitag erhielt sogar breiten Raum in der Prawda, ketzerische Bemerkungen zu "Glasnost" und "Perestroika" wurden von Seiten der CPI(M) unterlassen ('India Today', New Delhi, 31.1.89).

Trotz der Wichtigkeit der Diskussion gibt es für die CPI(M) im Moment sicherlich bedeutendere Themen als die sowjetische Dritte-Welt-Politik. Es gärt in den von ihr geführten Landesregierungen in Kerala und West Bengalen, die kleineren Bündnispartner werfen ihr einhellig Arroganz und Machtpolitik vor. Außerdem hat sich die Partei hinsichtlich der Oppositionshaltung gegenüber dem Kongreß entzweit. Während die mit dem wiedergewählten Generalsekretär E.M.S. Namboodiripad identifizierte 'Kerala-Linie' derzeit eher einen gemäßigten Kurs gegenüber der Gandhi-Administration befürwortet und nur eine Mitte-Links-orientierte Opposition bei den Ende diesen Jahres anstehenden Wahlen unter-

stützen will, ist die 'bengalische Linie' unter dem in Kalkutta residierenden Ministerpräsidenten Jyoti Basu für die Unterstützung einer Anti-Rajiv-Opposition um jeden Preis, selbst unter Einschluß der hindu-chauvinistischen und gemeinhin als 'kommunistisch' bezeichneten, und von daher bislang von der CPI(M) abgelehnten 'Bharatiya Janata Partei' (BJP).

Eine allzu heftige Glasnost-Debatte könnte überdies die Annäherungsversuche zwischen der CPI und der CPI(M) erschweren. Insbesondere die CPI scheint daran interessiert zu sein. Ihr Generalsekretär hat dies mit der Bereitschaft zu offiziellen Gesprächen über Vereinigungsmöglichkeiten im Januar 1989 signalisiert ('The Hindu', International Edition, Madras 28.1.89)

In jedem Fall hat sich in Indien eine äußerst interessante Debatte über die internationale kommunistische Bewegung und deren mögliche nationale Auswirkungen entwickelt.

Frank Braßel

Todesurteile heftig kritisiert — Neuer Skandal in Indien? —

Am 31. Oktober 1984 wurde die damalige indische Premierministerin Indira Gandhi von zwei Sikhs, Mitgliedern ihrer persönlichen Leibwache, ermordet. Einer der Täter, Beant Singh, wurde bei seiner Festnahme erschossen, der andere Täter, Satwant Singh, und der ebenfalls verhaftete Kehar Singh verbrachten vier Jahre im Gefängnis. Nach langjährigen Gerichtsprozessen wurden die Todesurteile für Satwant und Kehar Singh vom Obersten Gerichtshof bestätigt und am 6. Januar 1989 in Delhi vollstreckt.

Der Prozeß und die Vollstreckung der Todesurteile waren Auslöser für kontroverse Diskussionen über den Sinn der Todesstrafe, die nach bisheriger indischer Rechtsprechung nur in den "allerseltendsten Fällen" verhängt werden soll. Ein solch seltener Fall war - auch nach dem Überwiegenden Teil der öffentlichen Meinung - der Indira Gandhi Mörder Satwant Singh. In seinem Prozeß war die Beweisführung des Gerichts rechtlich einwandfrei und eindeutig.

Völlig unzureichend - so Stimmen - sei die Beweisführung im Falle Kehar Singhs gewesen. Er war weder direkt an der Tat beteiligt noch am Tatort anwesend. Weder eine Beteiligung an der Vorbereitung noch die Unterstützung der Tat, ja nicht einmal das Wissen um die Verschwörung gegen Indira Gandhi konnten ihm nachgewiesen werden. Die Indizien, die zu seiner Verurteilung führten, waren mehr als dürftig. Kehar Singh unterhielt freundschaftliche Beziehungen zu dem Haupttäter Beant Singh. In den Wochen vor dem Attentat



Sie wurden gehängt: Satwant Singh (links) und Beant Singh (Foto: Sunday)

trafen sich beide mehrfach zu Gesprächen unter vier Augen. Einmal besuchten sie den Akal Takht, das Heiligtum der Sikhs in Amritsar. Dort befindet sich das Zentrum der extremistischen Sikh-Bewegung. Als Kehar Singh von der Ermordung Indira Gandhis erfuhr, soll er gesagt haben: "Jeder, der sich mit dem Heiligtum der Sikhs vergreift, wird das gleiche Schicksal erleiden", eine Aussage, die Tausende von Sikhs gleichfalls hätten machen können (Indira Gandhi hatte 1984 von Eliteeinheiten das Heiligtum der Sikhs stürmen lassen - es kamen damals Hunderte von Sikhs

Ausriß aus 'Indian Express': Thakkar
Bericht sorgt derzeit für Aufsehen

INDIAN EXPRESS

New Delhi, Tuesday, March 14, 1989

Published from Ahmedabad Bangalore Bombay Chandigarh Cochin Delhi
Combined net sales among all daily newspapers in India

Assam Minister quits Dhawan and Thakkar's needle of suspicion

BY ARUN SHOURIE

The time for the TV interview with the
-am on the next day had been fixed
-the night of 13-14th 1988
-light from Dhawan to the
-Mrs. Thakkar that the
-ramme
-noted, as established beyond any doubt. And
-since the other members of the staff on duty that
-night could not have done it without the
-knowledge of others and without taking the risk
-of being found out, on all probabilities the
-Commission concluded by the process of eli-
-mination, that Thakkar was responsible in this

Express News Service

GUWAHATI

The Assam minister
signature and the
Ram Terao on Min-
resignation from
Minister, leader
Kumar, said
Though Mr
has come in
the Assam
Committee
resignation
the Dist-
to Assam
sent

Gewitterwolken am politischen Himmel Delhis auf. Die nächste Affäre - auch in Zusammenhang mit dem Indira Gandhi Mord - scheint sich für Rajiv aufzubauen. Sie dreht sich um die Veröffentlichung des sogenannten Thakkar Reports. Richter M.P. Thakkar war 1984 von Rajiv Gandhi mit der Untersuchung der Ereignisse beauftragt worden, die zur Ermordung seiner Mutter führten. Der Bericht ist bisher der Öffentlichkeit "im Interesse nationaler Sicherheit" nicht zugänglich gemacht worden und war auch für die Prozesse von Satwant und Kehar Singh nicht zugelassen, obwohl dies vor allem von Satwant Singhs Verteidiger, Pran Nath Lekhi, mehrfach gefordert wurde. Für viele war der Thakkar Bericht schon in Vergessenheit geraten. Jetzt scheint es doch noch zu einer Veröffentlichung zu kommen, nachdem der 'Indian Express', die bedeutendste Tageszeitung des Landes, Mitte März 1989 Auszüge aus dem Thakkar Untersuchungsbericht veröffentlicht hatte, die ihm zugespielt wurden. Dabei traten die dubiose Rolle R.K. Dhawans, des engen Vertrauten von Indira Gandhis, im Vorfeld ihrer Ermordung sowie andere

und ihre extremistischen Anführer ums Leben). Dennoch sah der Oberste Gerichtshof gerade darin "einen Beweis, der stärker wiegt als ein direktes Tatbekenntnis".

Ganz anders sieht dies allerdings V.M. Takunde, ehemaliger Richter am Gerichtshof in Bombay. Seiner Meinung nach hätte sich eine solche Beweisführung in jedem anderen Mordfall nicht durchsetzen können. Er sieht die Verurteilung Kehar Singhs daher als völlig ungerichtet an. Das Urteil werfe ein weiteres schlechtes Licht auf die indische Rechtsprechung.

In einem schlechten Licht steht auch Premierminister Rajiv Gandhi. Er hatte mehrfach Gnadengesuche Kehar Singhs zurückgewiesen. Mehrere führende Persönlichkeiten als auch ein Großteil der Presse hatten sich für Kehar Singh eingesetzt. Die Richter P.N. Bhagwati und V.R. Krishna Iyer hielten die Todesstrafe in dem "größten demokratischen Staat" für grundsätzlich überholt und falsch.

Gandhi wird vorgeworfen, nicht von seinem Recht auf Begnadigung oder Abwandlung des Urteils Gebrauch gemacht zu haben. Mit einer "versöhnlichen Geste", so Kritiker, hätte er zudem einen wichtigen Schritt zum Abbau der Spannungen im Punjab tun können. Durch Gandhis starre Haltung werde eine politische Lösung des Konflikts weiter erschwert. Einige Kritiker vermuten, Gandhi sei gar nicht an einer Befriedigung der Punjab-Krise interessiert. Vielmehr sei ihm nur an bedingungsloser Rache für den Mord an seiner Mutter gelegen. Andere Beobachter werfen ihm angesichts der Ende des Jahres anstehenden Parlamentswahlen skrupellose Wahltaktik vor: Mit einer unnachgiebigen Haltung gegenüber Sikhs erhoffe sich Rajiv Gandhi wichtige Stimmen der hinduistischen Bevölkerung. Gebrauchen könnte er sie angesichts zahlreicher Wahlschuppen und Affären der letzten Zeit. Unterdessen bauen sich neue



Protest gegen das Todesurteil (Foto: India Today)

Ungereimtheiten zutage (Dhawan quittierte Ende 1984 seinen Dienst, wurde vor wenigen Wochen jedoch wieder als enger Berater Rajiv Gandhis berufen). Viele fragen sich, ob es diese Ungereimtheiten sind, die bisher einer Veröffentlichung des Untersuchungsberichts im Wege standen. "Waren noch andere an der Planung des Mordes beteiligt?" will nicht nur die in Kalkutta erscheinende Wochenzeitschrift 'Sunday' wissen. In Indien wird sich diesbezüglich in den nächsten Wochen noch einiges tun.

Hans Winterstein
südasiens 4/89